

Vortrag des russischen Außenministers Sergej Lawrow
bei den Potsdamer Begegnungen am 8. November 2016 in Moskau

Vielen Dank. Ich hoffe, ich habe den steten Fluss der Diskussionen nicht gestört. Einige Worte für das Protokoll. Wir wissen die Zusammenarbeit, die sich unter der Ägide der Potsdamer Begegnungen entwickelt hat, aufrichtig zu schätzen. Ich bin Ihnen für die Einladung zu diesem Format zu Dank verpflichtet. Die Anstrengungen der Gortschakow-Stiftung für öffentliche Diplomatie und des Deutsch-Russischen Forums für die Organisation dieser Veranstaltungen wissen wir sehr zu schätzen.

Diese Plattform versammelt stets eine renommierte Teilnehmerrunde und schafft Bedingungen für die Behandlung von aktuellsten Fragen der bilateralen und der internationalen Agenda. Im Grunde genommen ist sie zu einer essentiellen Komponente der Zusammenarbeit zwischen den Zivilgesellschaften Russlands und Deutschlands geworden. Angesichts der jetzigen Situation auf dem europäischen Kontinent, aber auch in der ganzen Welt, ist zweifellos besonders die Art Engagement gefragt, die dazu beiträgt, Stereotype zu durchbrechen, über abgestandene Vorurteile hinwegzusehen und eine schwarzweiße Wahrnehmung der Wirklichkeit zu überwinden.

Das Thema, dem Sie sich heute widmen – „Europa von Lissabon bis Wladiwostok: alternativer Weg zur Stabilität in Europa“ – klingt zweifelsohne durchaus aktuell. Wir haben häufig davon gesprochen, dass nach dem Ende des „kalten Krieges“ die einmalige und reelle Chance vertan wurde, mit dessen Erbe ein für allemal abzuschließen, die Trennlinien endgültig wegzuwischen und auf unserem gemeinsamen Kontinent für Frieden und Prosperität zum Wohle der heutigen und der künftigen Generationen zu sorgen. Hierfür waren alle notwendigen Voraussetzungen gegeben, die ideologischen Differenzen wurden ausgeräumt und die Berliner Mauer, die diese Differenzen symbolisierte, wurde zerstört.

Warum es damals misslungen ist, diesen Weg erfolgreich zu beschreiten, hat Präsident Putin am 27. Oktober auf der Tagung des Diskussionsklubs Valdai ausführlich besprochen. Von meiner Seite möchte ich feststellen, dass unser Land einen großen Beitrag zur Beseitigung des Erbes jener Epoche der Konfrontation geleistet hat, unter anderem durch den Truppen- und Waffenabzug aus Deutschland, den Ländern Osteuropas und des Baltikums. All diese Jahre taten wir unser Möglichstes, um das gegenseitige Verständnis zu stärken und die fruchtbare, allseitig vorteilhafte Zusammenarbeit auf unterschiedlichsten Gebieten – von Wirtschaft und Handel bis hin zu Krisenregulierung und Kampf gegen Terrorismus – voranzubringen.

Viele der hier Anwesenden erinnern sich sicher daran, dass wir im Jahre 2008 die Initiative einen Vertrag über die europäische Sicherheit zu schließen vorgebracht haben, der alle entsprechenden politischen Verpflichtungen über die gleiche und unteilbare Sicherheit kodifizieren sollte, die Ende der neunziger und Anfang der zweitausender Jahre sowohl von der OSZE, als auch im Rahmen des NATO-Russland-Rates feierlich proklamiert wurden. Leider wurde der Vertragsentwurf abgelehnt, denn die NATO-Mitglieder waren der Meinung, dass juristische Sicherheitsgarantien nur denen zustehen, die der Nordatlantischen Allianz beigetreten sind. Das war eine gewollte Haltung, die darauf abzielte, die Trennlinien in Europa zu erhalten. Die Folgen dieser Art von Mentalität bestehen heute noch unverändert fort.

Auf die Gewährleistung der nachhaltigen Entwicklung aller Staaten Europas waren auch unsere Schritte zur Realisierung großer Infrastrukturprojekte gerichtet, unter anderem auch im Energiesektor, darunter die Nord-Stream-Pipeline. In diese Richtung ging auch unser Vorschlag, in der Perspektive eine Energieallianz zwischen Russland und der EU zu gründen. Beharrlich versuchten wir unsere Partner zur Abschaffung der Visapflicht zu bewegen, die den Ausbau der Beziehungen im Investitions- und Handelsbereich sowie der kulturell-humanitären und zwischenmenschlichen Beziehungen behindert.

Leider erhielt unser aufrichtiges Bestreben eine breitangelegte Partnerschaft aufzubauen (und das war ein wirklich aufrichtiges Bestreben unsererseits), unser Wunsch, diese Partnerschaft zu einer wahrhaftig strategischen zu machen, keine angemessene Unterstützung vonseiten der westlichen Länder. Ich will nicht verallgemeinern, einige waren bereit, uns entgegenzukommen, aber die Blocksolidarität, die disziplinierte Position „alle oder keiner“, zwangen unsere westlichen Partner letztlich dazu, ablehnend zu reagieren und beim Denken in den Kategorien „hier die Unsrigen – dort die Fremden“ zu verbleiben. Wie Sie wissen – darüber wurde kürzlich viel geredet – handelte es sich bei den Beteuerungen, die Nato werde sich nicht nach Osten erweitern, um leere Worte. Im Rahmen des Projekts Östliche Partnerschaft wurden Versuche unternommen, Länder des postsowjetischen Raumes vor die künstliche Wahl nach dem Muster „mit uns oder gegen uns“ zu stellen, was wiederum eine Nullsummenspiel-Logik bedeutete.

Im Grunde sah sich Russland, sobald es die Folgen der krisengeschüttelten Neunzigerjahre überwunden und sich auf den Weg der stetigen Entwicklung begeben hatte, mit der Neuauflage einer gegen uns gerichteten „Eindämpfungspolitik“ konfrontiert. Die Äußerungen dieser Politik waren unter anderem der von Washington und Brüssel unterstützte Staatsstreich und die gewaltsame Machtergreifung in der Ukraine sowie die Verhängung der einseitigen Sanktionen gegen Russland. In diesem Zusammenhang stehen auch die Realisierung der US-amerikanischen Pläne für den Ausbau des europäischen Segments des globalen Raketenabwehrsystems, die Schritte der Nato zur forcierten Militarisierung der Regionen Osteuropas, des Baltikums, der Seeräume des Schwarzen Meeres und der Ostsee.

Die europäische Elite diskutierte natürlich über diese Entwicklung. Wir haben diese Diskussionen verfolgt. Schlussendlich besteht das Ergebnis zum jetzigen Zeitpunkt zumindest darin, dass die europäische Elite in ihrer Mehrheit dem Druck von der anderen Seite des Atlantiks nachgab und sich in den antirussischen Kontext eingliederte. Dabei gewinnt Europa in globalen Fragen (und das ist kein Geheimnis) momentan durchaus nicht an Gewicht und steht vor einer ganzen Reihe ernsthafter Herausforderungen – von den Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise bis hin zu wachsender Terrorismusgefahr und massenhaftem Zustrom von Migranten. Es ist offensichtlich, dass es in der heutigen zusammenhängenden Welt nicht mehr möglich ist, einzelne Inseln der Sicherheit zu erschaffen, und dass man Probleme, die allen gemeinsam sind – das erkennen wir jeden Tag aufs Neue – nur gemeinsam lösen kann.

Wir gehen konsequent davon aus, dass es ohne die Bündelung der Potentiale aller Staaten kaum möglich sein wird, für Europa einschließlich der EU einen würdigen Platz in der neuen, polyzentrisch aufgebauten Weltordnung zu sichern. Übrigens hat die Geschichte schon mehrmals anschaulich gezeigt, dass Versuche Russland zu isolieren stets zu schwerwiegenden Folgen für den ganzen Kontinent führten, während eine aktive Einbindung unseres Landes in europäische Angelegenheiten von langanhaltender Stabilität begleitet wurde.

Für den Aufbau des „Großen Europas“ vom Atlantik bis zum Pazifik – und das ist eine andere Art, das Thema darzulegen, das Sie sich für heute ausgesucht haben – muss eine Reihe von Bedingungen erfüllt werden. In erster Linie muss man nicht mit Worten, sondern mit Taten damit beginnen, eine Architektur der gleichen und unteilbaren Sicherheit aufzubauen, wie es in den von mir bereits erwähnten Beschlüssen der OSZE und des Nato-Russland-Rates verankert ist. Man muss sich über die strikte Einhaltung des Völkerrechts verständigen, einschließlich der Prinzipien der nationalen Souveränität und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten sowie über den Verzicht auf die Unterstützung von verfassungswidrigen Machtwechseln in anderen Staaten.

Präsident Putin hat unsere Bereitschaft zum Abschluss solcher Vereinbarungen und zur Wiederbestätigung aller Verpflichtungen, die aus der Satzung der Vereinten Nationen hervorgehen, wiederholt bestätigt. Davon sprach er auch auf der von mir erwähnten Tagung des Klubs Valdai in Sotschi. Auch die Bereitschaft zum Aufbau eines gemeinsamen wirtschaftlichen und humanitären Raums von Lissabon bis Wladiwostok bestätigte unser Leader wiederholt. Wir sind der Meinung, dass alle Voraussetzungen für die Realisierung dieser strategischen Aufgabe notwendigen gegeben sind. Das sind die gemeinsamen zivilisatorischen und kulturellen Wurzeln, die hohe Komplementarität der Wirtschaften, die Einhaltung von gemeinsamen Handelsregeln in Übereinstimmung mit den Normen der WHO und das Interesse an der Suche von Wegen des Innovationswachstums.

In dieser Hinsicht messen wir einem Thema, einer Losung, einer Aufgabe besondere Bedeutung bei: Man kann es als „Integration von Integrationen“ bezeichnen, also als den Aufbau einer praktischen Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und der Eurasischen Wirtschaftsunion. Im Oktober 2015 wurde ein entsprechendes Dokument, welches von der EAWU erstellt wurde, an die Europäische Kommission überreicht, mit dem Vorschlag auf seiner Grundlage mit Diskussionen zu beginnen. Wir warten immer noch auf eine aussagekräftige Antwort von unseren Kollegen in Brüssel.

Selbstverständlich wird der Aufbau eines „gemeinsamen europäischen Hauses“ ohne die Gewährleistung der Bewegungsfreiheit der Bürger (dies haben übrigens wir alle noch in der Schlussakte von Helsinki mit unseren Unterschriften besiegelt), den Schutz der Rechte von nationalen Minderheiten, den kompromisslosen Kampf gegen jegliche Formen und Äußerungen von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, aggressivem Nationalismus und Chauvinismus nicht von Erfolg gekrönt werden.

Heute müssen wir energisch für die Wiederherstellung des gegenseitigen Vertrauens in Europa eintreten, welches im Zuge der innerukrainischen Krise ernsthaft untergraben wurde. Wir alle kommen darin überein, dass die schnellstmögliche und vollständige Umsetzung der Minsker Abkommen weiterhin auf der Tagesordnung bleibt. Im Rahmen dieser Abkommen hat Kiew, wie wir wissen, sehr konkrete Verpflichtungen übernommen, nämlich dem Donbass einen in der Verfassung verankerten Sonderstatus einzuräumen, ein Gesetz über die Amnestie zu verabschieden und lokale Wahlen abzuhalten. Ich möchte betonen, dass es sich um grundlegende europäische Standards handelt, die für die Bürger das Recht auf lokale Selbstverwaltung und die uneingeschränkte Verwendung ihrer Muttersprache vorsehen. Russland ist mehr als irgendjemand an der Lösung des Konflikts an seinen Grenzen interessiert, ungeachtet dessen, dass Sie immer wieder zu hören bekommen wir würden diesen Konflikt künstlich in die Länge ziehen, um ihn im aufgewärmten bzw. angefrorenen Zustand zu halten.

Das sind Versuche, die Probleme mit unziemlichen Mitteln von einem kranken auf einen gesunden Kopf abzuwälzen.

Abschließend einige Worte zu den russisch-deutschen Beziehungen. Wir sind davon überzeugt, dass die nachhaltige Entwicklung dieser Beziehungen den grundlegenden Interessen unserer Völker entspricht und einen wichtigen Faktor für die Aufrechterhaltung der europäischen Sicherheit und Stabilität darstellt.

Wir sind daran interessiert, das über lange Jahre angehäuften positive Potential der Zusammenarbeit zu bewahren und zu vermehren und treten konsequent dafür ein den gleichberechtigten, auf gegenseitigem Respekt beruhenden Dialog aufrechtzuerhalten und zu vertiefen. Wir sind bereit die unterschiedlichsten Initiativen und Vorschläge zu diskutieren und die vorhandenen Fragen konstruktiv zu lösen.

Wir wissen um das in Deutschland wachsende Bewusstsein für die Alternativlosigkeit der Normalisierung der Beziehungen zu Russland (und sind auch unsererseits davon überzeugt) und die Notwendigkeit der vollumfänglichen Wiederherstellung von erfolgreich bewährten Formen der Zusammenarbeit. Regelmäßig bekommen wir entsprechende Signale von Vertretern der deutschen Öffentlichkeit, der Business-Community und einfachen Bürgern. Wir begrüßen diese Haltung ausdrücklich. Ich möchte Ihnen versichern, dass wir diese positive Haltung in keiner Weise provozieren, außer dass wir unsere Bereitschaft zu normalen, respektvollen Beziehungen offen zum Ausdruck bringen.

Es ist erfreulich, dass sich die interparlamentarischen, interbehördlichen, interregionalen Beziehungen, die Kontakte zwischen den Öffentlichkeiten im kulturell-humanitären Bereich, im Wissenschafts- und Bildungssektor sowie im historisch-memorialen Bereich nach wie vor weiterentwickeln. Im Juni dieses Jahres hat unter der Schirmherrschaft der Außenminister Frank-Walter Steinmeier und meiner Wenigkeit das deutsch-russische Jahr des Jugendaustauschs begonnen, welches den im letzten Jahr abgeschlossenen „gegenseitigen“ Jahren der russischen und deutschen Sprache und Literatur folgt. Es ist erfreulich, dass der Petersburger Dialog, das Forum für den Dialog der Zivilgesellschaften, eine äußerst wichtige Plattform für die Vertiefung der Kontakte im Bereich der Volksdiplomatie, seine Arbeit wiederaufgenommen hat. Wir möchten unsere Zufriedenheit hinsichtlich der Tatsache, dass die Versuche, die Ausrichtung dieses Formats auf die positive Entwicklung der Beziehungen zu verändern und es stattdessen in eine Art Beziehung zwischen Lehrer und Schüler zu verwandeln, weise beiseite gestellt wurden. Das Forum hat seine konstruktive Ausrichtung beibehalten.

Einen nützlichen Beitrag zur gemeinsamen Arbeit leisten, wie ich bereits sagte, auch die Potsdamer Begegnungen. Ich gehe davon aus, dass Ihre Bereitschaft zum Dialog angesichts der hohen intellektuellen Dichte der Diskussionen dabei helfen werden, optimale Antworten auf jene schwierigen Fragen zu finden, mit denen wir alle heute konfrontiert sind und über die, so scheint es mir, keiner der Anwesenden Befriedigung empfindet.

Ich möchte Ihnen noch einmal konstruktive Diskussionen wünschen.